

**Tagesordnung II Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 26. Juni 2013**

Vorlagen-Nr. 13-V-01-0017

**Stadtvertrag zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden vom 26.11.2006 - Weitergewährung des Zuschusses**

---

**Beschluss Nr. 0152**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - a) zwischen der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden und der Landeshauptstadt Wiesbaden am 26. November 2006 ein Stadtvertrag geschlossen wurde.
  - b) dass die Landeshauptstadt Wiesbaden die religiösen und kulturellen Bedürfnisse sowie für Verwaltung der Jüdischen Gemeinde seitdem finanziell mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 200.000 € unterstützt.
  - c) dass im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2012/2013 der Zuschuss an die Jüdische Gemeinde für den Bereich Sicherheit um 42.000 € p.a. erhöht worden ist.
  - d) dass die Jüdische Gemeinde schriftlich mitgeteilt hat, dass die im Stadtvertrag formulierten Voraussetzungen keine Änderungen bedürfen.
- Es wird beschlossen, dass
  - a) die Voraussetzungen für die Gewährung des städtischen Zuschusses in Höhe von 200.000 € p.a. weiter bestehen.
  - b) dass dieser Zuschuss ab dem Jahr 2013 um einen Betrag in Höhe von 42.000 € p.a. für den Bereich Sicherheit erhöht wird.
  - c) die Abwicklung und Höhe des Zuschusses an die Jüdische Gemeinde zukünftig durch einen separat abzuschließenden Zuschussvertrag geregelt wird.
- Der Magistrat (Dezernat I) wird beauftragt, mit der Jüdischen Gemeinde einen neuen Stadtvertrag mit den entsprechenden Änderungen zu schließen, der den Stadtvertrag vom 26. November 2006 ersetzt.
- Der Magistrat (Dezernat I) wird beauftragt, mit der Jüdischen Gemeinde einen entsprechenden Zuschussvertrag zu schließen. Der Zuschuss soll rückwirkend ab dem Jahr 2013 jährlich in vier Raten in Höhe von 60.500 € aus den Budget von Dezernat I ausgezahlt werden.

(antragsgemäß Magistrat 28.05.2013 BP 0495)

**Tagesordnung II**

Wiesbaden, .07.2013

Horschler  
Vorsitzender